



Kontakt: BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

c/o Rolf Kohn

Kleine Alexanderstraße 28

10178 Berlin

Telefon: 030/24009-440

E.-Mail: [bag.behindertenpolitik@die-linke.de](mailto:bag.behindertenpolitik@die-linke.de)

[www. bag-selbstbestimmte- behindertenpolitik.de](http://www.bag-selbstbestimmte-behindertenpolitik.de)

Spende an die BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

Partei Vorstand der Partei DIE LINKE

IBAN: DE38 1009 0000 5000 6000 00

BIC: BEVODEBB

Berliner Volksbank eG

Stichwort: BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

## **Presseerklärung**

nach dem Bonner SPD-Parteitag

### **Mehr inklusive Gerechtigkeit für alle Menschen**

#### **Frage der Verbesserung der Lebenssituation und der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben völlig unberücksichtigt**

Nach dem Bonner SPD-Parteitag und dem Ja zur Aufnahme der Koalitionsverhandlungen von CDU, CSU und SPD zeigen sich die Inklusionsbeauftragte Margit Glasow, Ilja Seifert, Mitglied im Parteivorstand, und die Mitglieder des Sprecher\*innenrates der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Selbstbestimmte Behindertenpolitik (alle Mitglieder der Partei DIE LINKE.) bestürzt. Wir halten diese Entscheidung für einen Fehler. Es wird damit keinen Schritt vorwärts in Richtung inklusive Gerechtigkeit und Abbau der unsozialen Politik der Agenda 2010 für die Mehrheit der Menschen in unserem Land gehen. Nach wie vor erleben Menschen mit Behinderungen alltäglich Stigmatisierungen und Diskriminierungen – strukturell und individuell, offen und subtil.

Wir befürchten, dass sich insbesondere die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen weiter verschlechtern wird. Schon das vorgelegte Abschlusspapier der Sondierungsgespräche von CDU, CSU und SPD enthält nicht ein einziges Wort darüber, wie die menschenrechtlichen Forderungen der UN-Behindertenrechtskonvention weiter umgesetzt werden sollen. Einzig in Kapitel II. zum Thema Gesundheit findet sich der Hinweis, dass Kranke, Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderungen auch in Zukunft auf die Solidarität der Gesellschaft vertrauen können müssen.

Diese Aussage zeugt nicht von selbstbestimmter und gleichberechtigter Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, sondern von der Zementierung des Fürsorgegedankens und einem Rückschritt in vergangene Zeiten. Die SPD zeigt damit erneut ihr neoliberales Gesicht - wie in der vergangenen Legislaturperiode im Zuge der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes, als sie mehr Teilhabe für Menschen mit Behinderungen versprach und ein Spargesetz durchpeitschte.

Wir fordern deshalb von den Verantwortlichen von CDU, CSU und SPD die Verankerung von Mindestforderungen im Koalitionsvertrag der zukünftigen Bundesregierung. Wir erwarten ein klares Bekenntnis dazu, dass Doppelstrukturen in Bildung, Arbeit und Wohnen systematisch abgebaut und die Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention weiter umgesetzt werden. Es müssen inklusive Strukturen geschaffen werden, in denen sich alle Menschen – unabhängig von ihren individuellen Fähigkeiten, ihrer körperlichen Verfassung, ihrer ethnischen und sozialen Herkunft, ihres Geschlechts oder Alters – frei entfalten können.

Noch immer ist die Arbeitslosenquote von Menschen mit Behinderungen mit 13,4 % doppelt so hoch wie von Menschen ohne Behinderungen. Es bedarf eines beschäftigungspolitischen Rahmenprogramms, mit dem verstärkte Anreize für die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt geschaffen werden. Die Beschäftigungsquote muss in einem ersten Schritt auf sechs Prozent angehoben und die Ausgleichsabgabe drastisch erhöht werden. Beschäftigten in den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen muss endlich Tariflohn gezahlt werden. Für Menschen mit schweren Behinderungen müssen Bedingungen geschaffen werden, in denen sie in Selbstbestimmung und Würde ihr Leben gestalten können.

Noch immer ist das gemeinsame Lernen von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung keine Normalität. Stattdessen wird das System der Förderschulen weiter gestärkt. Wir fordern deshalb, schrittweise ein funktionsfähiges inklusives Bildungssystem auf allen Ebenen aufzubauen und dafür den Ländern ausreichend Bundesmittel zur Verfügung zu stellen.

Weitere Forderungen sind: Streichung der bestehenden Wahlrechtsausschlüsse in den Wahlgesetzen von Bund und Ländern; Schaffung von bundesweit ausreichend barrierefreiem und bezahlbarem Wohnraum mit den dafür notwendigen Bundesmitteln; die Novellierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes und die damit verbundene Verpflichtung zur Barrierefreiheit auch von privaten Anbietern von Produkten und Dienstleistungen wie Arztpraxen, Restaurants usw. Umfassende Untertitelungen von Fernsehsendungen und Webseiten, Gebärdensprachdolmetschungen sowie Audiodeskriptionen; Auflegen eines Investitionsprogramms von Bund und Ländern zur Schaffung der vollständigen Barrierefreiheit nach dem Personenbeförderungsgesetz bis zum Jahr 2022; Anhebung der Geldleistung der Pflegeversicherung auf die Höhe der Sachleistungsbeträge.

Margit Glasow, Inklusionsbeauftragte der Partei DIE LINKE.

Ilja Seifert, Mitglied im Parteivorstand der Partei DIE LINKE.

Die Mitglieder des Sprecher\*innenrates der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik der Partei DIE LINKE.